



Ausschuss für Schule und Bildung

34. Sitzung (öffentlich)

27. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:07 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 1 heute nicht und die Tagesordnungspunkte 11 und 13 gemeinsam zu beraten.

1 Jetzt umsteuern und Weichen stellen für einen zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatz Schule 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4131

Ausschussprotokoll 18/316

– abschließende Beratung und Abstimmung

– wird nicht behandelt

- 2 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!** 7
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628
- Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 3 Chancengleichheit JETZT: Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbesuch in NRW erheben.** 10
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5852
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.
- 4 Finger weg vom OGS-Rechtsanspruch – die Landesregierung muss kurzfristig ein Rettungsprogramm für den Ganztag auflegen** 11
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5851
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.

- 5 Fachkräfte an den Schulen in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1554
- Wortbeiträge
- 6 Neuerrichtung des Landesamtes für Qualitätssicherung und Informationstechnologie der Lehrerausbildung – Ziele und Aufgaben** **14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1595
- keine Wortbeiträge
- 7 OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2023“ – Schlussfolgerungen für Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1695
- Wortbeiträge
- 8 Struktureller Unterrichtsausfall an den Förderschulen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1697
- Wortbeiträge
- 9 Grundschullehramt Standort Aachen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*) **18**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 10 Lehramtsstipendium Ruhr** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*) **20**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 11 Aktionsprogramm ‚Ankommen und Aufholen‘ ausgelaufen – wie geht es nun weiter?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **26**
- In Verbindung mit:
- 13 Startchancen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **26**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 12 Evaluation der Inklusionspauschale – Wie kann Inklusion in NRW gelingen?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **34**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 14 Verschiedenes** **37**
- keine Wortbeiträge

2 **Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Antrag wurde am 31.08.2022 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Dilek Engin (SPD) trägt anhand des Antrags vor, den sie auch aufgrund des Ukrainekrieges und der Energiekrise immer noch für aktuell halte. Die Leiterin der Studie habe in der Anhörung niedrigschwellige langfristige Konzepte und Strukturen zur Stärkung der psychosozialen Gesundheit der Kinder und Jugendlichen als dringend erforderlich bezeichnet. Alle Sachverständigen erkannten die Notwendigkeit erheblicher Anstrengungen des Landes. Die Landeselternkonferenz sehe in solchen Krisenlagen eine Zerreißprobe für die Familien. Die Landesregierung habe den Prüfungsdruck auf Kinder und Lehrkräfte beibehalten und das Wohlergehen der am Schulleben Beteiligten aus dem Auge verloren. Verschiedene Sachverständige forderten mehr dauerhaft und verlässlich vom Land finanzierte Schulsozialarbeit sowie feste Ansprechpartner an den Schulen bei sozialen Konflikt- und Ausnahmesituationen.

Die Landesschülerschaft und der Kölner Jugendring monierten ebenfalls den unverändert hohen Leistungsdruck während der Coronapandemie, anstatt den Lehrplan zu kürzen und Ruhepausen sowie geeignete Ruheräume zur Verfügung zu stellen. Auch der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte verlange, Druck aus der Schule zu nehmen, zumal man in den Praxen nach der Coronapandemie mehr Kinder und Jugendliche mit psychosomatischen Auffälligkeiten, Lernschwierigkeiten und Schulproblemen aller Art erlebe. Daher brauche es dringend auch mehr Psychotherapieplätze sowie Hilfesystem an den Schulen.

Der VBE fordere fest etablierte Gesundheitsfachkräfte an den Schulen, um etwa in multiprofessionellen Teams zusammen mit den Lehrkräften und der Schulsozialarbeit während der Coronapandemie deutlich gewordene Lücken zu schließen. Das Gesundheitsamt Dortmund schlage vor, die Gesundheitsvorsorge insbesondere für Kinder und Jugendliche als kommunale Pflichtaufgabe zu definieren.

Sie fasst zusammen, es brauche also Präventionsstrategien, begleitende therapeutische Konzepte, die Optimierung der Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams und

Beratungsstrukturen, um Schülerinnen und Schülern unmittelbar beratend zur Seite zu stehen. Die mentale Gesundheit in und an den Schulen müsse in den Fokus rücken, wozu auch das Gesundheitsmanagement für die Lehrkräfte zähle. Bei Schule handele es sich schließlich nicht nur um einen Lernort, sondern auch um ein soziales Gebilde mit Faktoren, die die Gesundheit beeinflussten und die Psyche belasteten. Daher brauche es eine Infrastruktur, die die psychosoziale Resilienz an den Schulen insgesamt erhöhe.

Claudia Schlottmann (CDU) wendet ein, die komba gewerkschaft halte ein weiteres System und neue befristete Professionen im Schulsystem für unsinnvoll, weil man stattdessen das Bestehende zunächst optimieren möge; brauche die Schularbeit doch sehr viel Zeit für administrative Abläufe. Der Haushaltsentwurf 2024 enthalte 400 Stellen für eine zusätzliche systemische Unterstützung der Inklusion. Die Koalition verfolge stets das Ziel, das Angebot auszuweiten. Das Handlungskonzept Corona beantworte alle wichtigen Fragen zum Distanzunterricht der Schulen. Sie resümiert, es gebe also bereits zahlreiche Maßnahmen, die man zunächst fortsetzen möge.

Carlo Clemens (AfD) bezeichnet den Antrag als veraltet, der sich vor allem auf ein möglicherweise neues Pandemieszenario beziehe. Die in den umfangreichen Längsschnittstudien aufgeführten psychosozialen Schäden bei Kindern und Jugendlichen sowie ihre erheblichen Lernrückstände müssten selbstverständlich angegangen werden. Insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Elternhäuser in beengten Wohnverhältnissen würden besonders betroffen. Er vermisse im Antrag die kritische Auseinandersetzung mit Maßnahmen wie Schulschließungen, Distanzunterricht oder Maskenzwang sowie mit der durch die Polarisierung entstandenen Spaltungen von Schulgemeinschaften, Lehrerkollegien, Elternschaft und Schülerschaft, was psychische und emotionale Spuren hinterlassen und das kindliche Urvertrauen erschüttert haben dürfte.

Er begrüßt die Forderung nach der mit Blick auf die Finanzierung und die Stellen langfristig abgesicherten Schulsozialarbeit, die Sensibilisierung und Weiterentwicklung der Lehrkräftefortbildung in Bezug auf die psychosoziale Gesundheit der Schülerschaft, lehnt aber die konzeptionelle Verfestigung des Distanzunterrichts oder die geforderte massive Ausweitung therapeutischer und psychiatrischer Angebote an Schulen ab, denn bei Schulen handele es sich zuvorderst um Lernorte. Auch litten viele kommunale Schulen bereits unter Mängeln, sodass man die Schulträger nicht weiter überfordern dürfe. Der Fokus müsse auf der Sicherstellung der Unterrichtsversorgung durch hinreichend viele Lehrkräfte liegen, was auch für den Sportunterricht, die OGS und die Sanierung der Schulgebäude gelte. Die Coronazeit habe auch die mangelhafte Ausstattung vieler Schulen und den mangelhaften Zustand vieler Schulgebäude offenbart.

Angela Freimuth (FDP) erinnert an lebhafte und sehr kontroverse Diskussionen über die Forderung ihrer Fraktion, Schulen und Kindertageseinrichtungen während der Pandemie so lange wie möglich offenzuhalten. Inzwischen könne man bei Kindern und Jugendlichen massive Beeinträchtigungen feststellen, sodass man die Maßnahmen während der Pandemie nachbereiten möge. Sie bezeichnet multiprofessionelle Teams

als echten Gewinn für die Schulen; hier brauche es Fortbildungen. Insgesamt sei inzwischen vieles selbstverständlicher als bei Antragstellung. Mit Blick auf den Fachkräftemangel kritisiert sie die Forderung nach Gesundheitsfachkräften an Schulen, die dann nämlich anderswo fehlen könnten, bezeichnet es hingegen als richtig, die psychosoziale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in der Schule in den Blick zu nehmen.

Dilek Engin (SPD) unterstreicht, man müsse sich um die tatsächlichen Probleme der Kinder und Jugendlichen kümmern, sodass die Ablehnung der CDU-Fraktion für jene einen Schlag ins Gesicht bedeute. Niedergelassene Ärzte und Therapeuten führten lange Wartelisten, weshalb die SPD-Fraktion fordere, den Kindern und Jugendlichen an den Schulen in Zusammenarbeit mit ihnen direkt zu helfen. Die Forderungen im Antrag seien also mitnichten veraltet, sodass die Koalition bei seiner Ablehnung alsbald eigene Vorschläge einbringen müsse.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

